

Antrag 20/I/2026

OV Fürstenwalde

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Kein Einsatz der Analysesoftware Palantir in Brandenburg – Grundrechte schützen, digitale Souveränität stärken

1 Die SPD Brandenburg setzt sich
2 für einheitliche, hohe rechtliche
3 und ethische Standards beim Ein-
4 satz digitaler Analyse- und Poli-
5 zeissoftware ein, die den Schutz
6 der Grund- und Freiheitsrechte
7 gewährleisten. Dies schließt den
8 Einsatz der Analysesoftware Pa-
9 lentir bei den Sicherheits- und
10 Polizeibehörden im Land Bran-
11 denburg aus. Statt auf intranspa-
12 rente privatwirtschaftliche Anbie-
13 ter zu setzen, sollen Polizei- und
14 Sicherheitsbehörden in Branden-
15 burg in Zusammenarbeit mit dem
16 Bund für mehr digitale Souverä-
17 nität in den Aufbau eigener, staat-
18 lich kontrollierter und quelloffe-
19 ner IT-Lösungen investieren. Es
20 soll möglichst eine bundes- und
21 europaeinheitliche Lösung ange-
22 strebt werden.

23

24 **Begründung**

25 Der Einsatz der Analysesoftware
26 Palantir birgt erhebliche Risiken
27 für die Rechte und Freiheiten

bitte überarbeiten

28 aller Bundesbürger, insbesonde-
29 re für das Recht auf informatio-
30 nelle Selbstbestimmung und das
31 Allgemeine Persönlichkeitsrecht.
32 Grundsätzlich sind die Schritte
33 der Analysesoftware und Bewer-
34 tung im Einzelnen nicht nach-
35 vollziehbar. Es kann nicht aus-
36 geschlossen werden, dass durch
37 Analysefehler der Software Pa-
38 lantir natürliche Personen dis-
39 kriminiert und/oder zu Unrecht
40 einer Straftat beschuldigt wer-
41 den. Es besteht das Risiko einer
42 anlasslosen oder unverhältnis-
43 mäßigen Datenverarbeitung, die
44 zu tief in die Grundrechte von
45 uns Bürgerinnen und Bürger ein-
46 greift. Einer unverhältnismäßigen
47 und unzulässigen Massenüber-
48 wachung wird damit Tor und Tür
49 geöffnet.

50 Zudem ist Palantir ein US-
51 amerikanisches Unternehmen
52 mit engen Verbindungen zu
53 US-Sicherheitsbehörden und
54 Geheimdiensten. Aufgrund der
55 weitreichenden Befugnisse ame-
56 rikanischer Behörden durch die
57 Gesetze von Cloud Act und FISA
58 (Foreign Intelligence Surveillance
59 Act) kann ein Zugriff amerikani-
60 scher Behörden auf hochsensible
61 personenbezogene Daten aus

62 polizeilichen Ermittlungen nicht
63 ausgeschlossen werden. Die Soft-
64 ware ermöglicht die umfassende
65 Verknüpfung und Analyse großer
66 Datenmengen aus unterschiedli-
67 chen Quellen, die vor allem nicht
68 transparent und nachvollziehbar
69 sind.

70 Die SPD Brandenburg steht für
71 den Schutz der Grundrechte und
72 für eine Sicherheitspolitik, die auf
73 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit
74 und Vertrauen setzt. Der Ein-
75 satz von Palantir konterkariert
76 diese Prinzipien. Anstatt millio-
77 nenschwere Aufträge an private
78 Überwachungskonzerne zu ver-
79 geben, müssen öffentliche Gel-
80 der in die Entwicklung eigener,
81 sicherer und quelloffener Syste-
82 me investiert werden, die eu-
83 ropäische Datenschutzstandards
84 erfüllen.

85 Der Einsatz der Analysesoftware
86 Palantir würde zudem rechtliche
87 und finanzielle Risiken für das
88 Land Brandenburg bedeuten. Ge-
89 gen die Anwendung von Palen-
90 tir wurden in einzelnen Bun-
91 desländern bereits Verfassungs-
92 beschwerden eingereicht. Damit
93 wäre auch in Brandenburg zu
94 rechnen. Insbesondere das Bei-
95 spiel NRW zeigt, wie schwer die

96 Kosten für den Einsatz von Palan-
97 tir beziffert werden können. Von
98 anfangs 14 Millionen stiegen die
99 Kosten auf bis zu 40 Millionen an.
100 Insbesondere in Zeiten schwie-
101 riger Haushaltslagen bedarf es
102 einer verlässlichen und trans-
103 parenten Kostenkontrolle. Durch
104 die starke Abhängigkeit, kann Pa-
105 lentir Preiserhöhungen vertrag-
106 lich aufdiktieren. Nach Abwägung
107 aller Vor- und Nachteile und ei-
108 ner eingehenden Grundrechtsab-
109 wägung kann am Ende das Ergeb-
110 nis sein, die Analysesoftware Pa-
111 lentir in Brandenburg nicht einzu-
112 setzen.